

N i e d e r s c h r i f t

**der öffentlichen/nicht öffentlichen Sitzung des Sozial-,
Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses am 18.03.2010**

öffentlich

Ort:
Marktplatz 2,
06100 Halle (Saale)

Stadthaus, Kleiner Saal,

Zeit:

16:35 Uhr bis 19:45 Uhr

Anwesenheit:

siehe Teilnehmerverzeichnis

Anwesend sind:

Frau Susanne Wildner	Verw	
Frau Petra Schneutzer	Verw	
Herr Roland Hildebrandt	CDU	
Herr Raik Müller	CDU	
Herr Andreas Schachtschneider	CDU	
Herr Dr. Erwin Bartsch	parteilos	
Frau Ute Haupt	DIE LINKE.	
Herr René Trömel	DIE LINKE.	Vertreter für Herrn Dr. Yousif
Herr Robert Bonan	parteilos	
Herr Dr. Karamba Diaby	SPD	
Frau Hanna Haupt	SPD	
Frau Sabine Wolff	NEUES FORUM	
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Herr Uwe Wätzel	Verw	
Frau Annerose Winter	Verw	
Herr Manfred Czock	SKE	
Frau Dr. Gesine Haerting	SKE	
Herr Mamad Mohamad	SKE	
Frau Brigitte Thieme	SKE	
Frau Petra Tomczyk-Radji	SKE	
Herr Christian Weinert	SKE	
Frau Annette Wunderlich	SKE	
Herr Norwin Dorn	Seniorenrat	
Frau Dr. Christine Radig	ARGE SGB II Halle GmbH	
Frau Dr. Uta Schwarzer	Verw	
Herr Sven Weise	LIGA	
Frau Sylke Bühler	Verw	
Herr Dr. Eberhard Wilhelms	Verw	

Entschuldigt fehlen:

Herr Tobias Kogge	BG	
Herr Dr. Toralf Fischer	Verw	
Herr Dr. Mohamed Yousif	parteilos	Vertreter Herr René Trömel
Herr Manfred Schuster	DIE GRAUEN/Volkssolidarität	
Frau Ute Borchert	SKE	
Frau Sylvia Tempel	ARGE SGB II Halle GmbH	

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Tagesordnung
3. Genehmigung der Niederschrift vom 18.2.2010
4. Berichterstattung über die Tätigkeit der "Weiberwirtschaft" , Dornrosa e. V. -
Berichterstatte(r) Koordinator(in) des Frauenzentrums: Frau Daniela Suchantke
5. Beschlussvorlagen
 - 5.1. Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie
Beteiligungsbericht über das Jahr 2008
Vorlage: V/2009/08484
 - 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Veränderung der
Kostenstelle 4820
Vorlage: V/2010/08761

- 5.1.2 Änderungsantrag der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Veränderung der Kostenstelle 4850
Vorlage: V/2010/08762
- 5.1.3 Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2010
Vorlage: V/2010/08766
- 6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
 - 6.1. Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung
Vorlage: V/2010/08560
Änderungsantrag der Stadträtin Elisabeth Krausbeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum
 - 6.1.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung (Vorlagen-Nummer: V/2010/08560)
Vorlage: V/2010/08763
 - 6.1.2 Änderungsantrag Dr. Karamba Diaby zum Antrag der SPD-Fraktion
Vorlage: V/2010/08767
 - 6.2. Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule
Vorlage: V/2010/08657
 - 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657)
Vorlage: V/2010/08733
- 7. schriftliche Anfragen von Stadträten
- 8. Mitteilungen
 - 8.1. Information zum Stand SGB II
 - 8.2. Änderung der Satzung des Ausländerbeirats
Vorlage: V/2010/08609
 - 8.3. Älter werden in Halle (Saale) - Schwerpunkte und Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur Seniorenpolitik
Vorlage: V/2009/08398
- 9. Beantwortung von mündlichen Anfragen
- 10. Anregungen

zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Ausschussvorsitzende begrüßt die Mitglieder und Gäste des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses und stellt die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit fest.

Sie teilt weiterhin mit, dass Herr Kogge heute an der Sitzung nicht teilnehmen kann und die Leitung der Verwaltung durch Frau Wildner vertreten wird.

zu 2 Feststellung der Tagesordnung

Frau Dr. Haerting fragt, warum der Seniorenbericht unter Mitteilungen auf der Tagesordnung steht. Hier gibt es sicher Diskussionsbedarf. Die Ausschussvorsitzende sagt, dass Frau Riethmüller die Informationsvorlage erläutern wird.

Die Ausschussvorsitzende bittet darum, den TOP 7.1 zeitlich vorzuziehen und Frau Suchantke vor der Haushaltsdiskussion die Möglichkeit zu geben, ihre Arbeit vorzustellen. Die Ausschussmitglieder sind damit einverstanden.

Die Tagesordnung wird mit dieser Änderung bestätigt.

zu 3 Genehmigung der Niederschrift vom 18.2.2010

Die Niederschrift vom 18.2.2010 wird bestätigt.

zu 4 Berichterstattung über die Tätigkeit der "Weiberwirtschaft" , Dornrosa e. V. - Berichterstatte rin Koordinatorin des Frauenzentrums: Frau Daniela Suchantke

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Suchantke vom Dornrosa e. V.

Frau Suchantke stellt sich als Projektkoordinatorin des Frauenzentrums vor und verteilt Informationsmaterial an die Ausschussmitglieder. Sie informiert darüber, dass der Verein vor 20 Jahren gegründet wurde. Frau Suchantke stellt die Arbeit und Ziele des Frauenzentrums vor und spricht über die verschiedenen Begegnungsangebote, Workshops, Ausstellungen usw. Zu den bisherigen Projekten sind neu die Frauenläufe hinzugekommen. Hier hat sich der Verein erstmals in das Sportgeschehen eingebracht.

Die Ausschussvorsitzende dankt für die Ausführungen.

Frau Wolff fragt nach der Finanzierung und dem Anteil der Stadt am Frauenzentrum. Frau Suchantke antwortet, dass insgesamt für das Frauenzentrum 10 % Eigenbeteiligung erbracht werden müssen, der Drittmittelanteil sei auch gering. Für feste Planstellen gibt es keine Förderung. Von der Stadt liegt ein vorläufiger Zuwendungsbescheid vor. Für die Fördergelder geht der Verein in Vorleistung.

zu 5 Beschlussvorlagen

zu 5.1 Haushaltssatzung und Haushaltsplanung für das Haushaltsjahr 2010 sowie Beteiligungsbericht über das Jahr 2008 Vorlage: V/2009/08484

Die Ausschussvorsitzende verteilt drei Anträge und macht den Vorschlag, wie bei der 1. Lesung die einzelnen Seiten durchzusprechen. Es wurden vom ZGM die Fragen aus der 1. Lesung schriftlich beantwortet. Herr Bielecke ist jedoch heute nicht anwesend, da noch zwei andere Ausschüsse zeitgleich laufen.

Herr Schachtschneider hätte Herrn Bielecke gern in der Sitzung noch einmal befragt, da die schriftliche Mitteilung nicht vollständig ist.

Amt 53

Seite 128 – UA 1103:

keine Fragen

Seite 254 – UA 5010

Frau Wolff findet ihre Frage aus der 1. Lesung nicht beantwortet. Sie bittet darum, dies nachzuholen. Sind im Amt 53 mehr Räume dazugekommen?

Frau Wildner antwortet, dass das Serviceentgelt gesunken ist durch die Abgabe von Räumen. Bei den Hausmeisterkosten ist der Umlegemaßstab geändert, nicht mehr nach m², sondern nach konkreter Leistung.

Seite 256 – UA 5011

keine Fragen

Seite 259 – UA 5404

Frau Wolff fragt, warum werden keine Kosten eingespart, indem man den Telefonanbieter wechselt. Diese Frage ist vom ZGM noch nicht beantwortet.

Vermögenshaushalt

Seite 347 – UA 1103

keine Fragen

Seite 423 – UA 5010

Herr Dr. Wilhelms sagt, dass ein Sehtestgerät angeschafft werden kann. Frau Dr. Haerting bittet die Verwaltung, für den nächsten Haushalt ein Audiometriegerät für die Schulanfangsuntersuchung und zur präventiven Arbeit vorzusehen.

Seite 425 – UA 5404:

keine Fragen

Amt 50

Seite 204 – UA 4000

Seite 205 – UA 4010

Seite 206 – UA 4050

Seite 210 – UA 4101

Seite 211 – UA 4103

keine Fragen

Seite 212 – UA 4105

Seite 213 – UA 4110

Seite 216 – UA 4114

Seite 217 – UA 4116

Seite 221 – UA 4130

Seite 222 – UA 4141

Seite 223 – UA 4146

Seite 224 – UA 4148

Seite 226 – UA 4210

Seite 227 – UA 4220

Seite 228 – UA 4230

keine Fragen

Seite 229 – UA 4240

Seite 230 – UA 4350

Seite 231 – UA 4362

Seite 247 – UA 4700

Seite 250 – UA 4820

Hierzu liegt ein Antrag der Ausschussvorsitzende vor. Die Summe ist viel zu niedrig angesetzt, jedoch gehen die Leistungen für Unterkunft und Heizung nicht zurück. Die Ausschussvorsitzende verweist auch auf den Antrag der SPD-Fraktion zum Halle-Pass. Frau Wolff kann den Antrag der Ausschussvorsitzenden nachvollziehen.

Frau Hanna Haupt hat in Erinnerung, dass Herr Kogge in der letzten Sitzung zu diesem Thema anders dazu gesprochen hat.

Frau Krausbeck ist auch dafür, vom Ist 2009 auszugehen.

Die Ausschussvorsitzende sagt, dass die Präsentation des Amtes 50 als Grundlage für den Haushalt nicht von einem Rückgang der Bedarfsgemeinschaften ausgeht. Diese Pflichtaufgabe muss erfüllt werden und das Geld entsprechend eingestellt werden.

Herr Schneller sagt, dass diese Haushaltsposition schon immer knapp bemessen wurde. Die Summe ist so eingestellt, weil man über Kommunal-Kombi Einsparungen erwartet. Diese Einsparung ist aber nur gering. Die Bundesbeteiligung 2010 steht noch nicht fest.

Herr Weinert fragt, wenn diese Erhöhung kommt, wo soll das Geld eingespart werden? Zielsetzung der neuen KdU-Richtlinie ist laut Herrn Kogge eine Senkung der Kosten. Die Ausschussvorsitzende sagt, dass hier erst mal Klarheit sein muss, dass dieses Geld eingestellt werden muss. Danach kann über die Deckung entschieden werden.

Herr Schachtschneider bittet darum, solche Anträge eher zu stellen. Die Ausschussvorsitzende antwortet, dass sie ihren Antrag angekündigt hatte.

Herr Weinert fragt nach einem Deckungsvorschlag. Die Ausschussvorsitzende sagt, dass sie keinen Vorschlag dazu bringt, sie sieht eine Deckung nicht im sozialen Bereich.

Frau Wolff ist auch der Meinung, dass Pflichtleistungen bezahlt werden müssen. Hier muss der Finanzausschuss entscheiden.

Seite 251 – UA 4050

Auch hier liegt von der Ausschussvorsitzenden ein Antrag in gleicher Form vor. Es handelt sich auch um Pflichtaufgaben.

Seite 253 – UA 4980

Hierzu liegt ein Antrag der SPD-Fraktion vor. Frau Hanna Haupt bietet als Deckung für die Schülerspeisung die Garagenpachten und die Leistungsbeteiligung Unterkunft/Heizung an.

Frau Krausbeck fragt, ob dieser Ausschuss über die HHSt Garagenpachten beschließen kann. Dies muss der Finanzausschuss klären. Die Ausschussvorsitzende sagt, dies geht nur als Anregung, klären muss dies tatsächlich der Finanzausschuss. Frau Wolff sieht dieses ebenso, da noch andere Anträge eingebracht werden können.

Seite 323 – UA 9010

Frau Winter informiert über einen neuen UA 4650.

VMH

Amt 39

Seite 213

keine Fragen

Seite 232

Herr Schachtschneider fragt nach dem Telefonentgelt des Frauenschutzhauses. Frau Wildner antwortet, dieses gehört zum Jugendamt, die Frage ist im Jugendhilfeausschuss zu stellen.

Abstimmungsergebnis:

Ja	2
Nein	1
Enthaltungen	6

Beschlussvorschlag: (modifiziert)

1. Der Stadtrat beschließt die Haushaltssatzung 2010, den Haushaltsplan 2010 und das Haushaltskonsolidierungskonzept.
2. Der Stadtrat nimmt den Beteiligungsbericht 2008 zur Kenntnis.

Dem *modifizierten* Beschlussvorschlag wird vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss zugestimmt.

zu 5.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Veränderung der Kostenstelle 4820 Vorlage: V/2010/08761

Abstimmungsergebnis:

Ja	7
Nein	-
Enthaltungen	-

Beschlussvorschlag:

Im Unterabschnitt 4820 wird die Kostenstelle 691000 – Leistungsbeteiligung Unterkunft / Heizung § 22 I SGB II auf 73.630.000,00 € erhöht

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss einstimmig zugestimmt.

zu 5.1.2 Änderungsantrag der Stadträtin Ute Haupt (Fraktion DIE LINKE.) zur Veränderung der Kostenstelle 4850 Vorlage: V/2010/08762

Abstimmungsergebnis:

Ja	7
Nein	2
Enthaltungen	-

Beschlussvorschlag:

Im Unterabschnitt 4850 wird die Kostenstelle 781000 – Leistungen nach GSiG a.v.E. auf 7.562.000,00 € erhöht.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss mehrheitlich zugestimmt.

zu 5.1.3 Änderungsantrag zum Haushaltsplanentwurf 2010 Vorlage: V/2010/08766

Abstimmungsergebnis:

Ja	6
Nein	2
Enthaltungen	1

Beschlussvorschlag: *(in modifizierter Form)*

Der Ausgabenansatz in der Haushaltsstelle 1.4980.788200 Sonstige Angelegenheiten – Halle-Pass/Ermäßigung Schülerspeisung wird um 390.000 € auf 612.000 € erhöht.

Beschluss:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss stimmt dem Beschluss mehrheitlich zu.

Die Modifizierung ergibt sich aus der Streichung des Deckungsvorschlages.

zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten zu 6.1 Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung Vorlage: V/2010/08560

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herrn Dr. Diaby und erteilt ihm das Wort. Herr Dr. Diaby macht Ausführungen zum Antrag und begründet den Auftrag an die Verwaltung zur Erstellung eines Konzeptes zur interkulturellen Öffnung. Er verliest einen Fragekatalog an die Verwaltung.

Frau Krausbeck sagt, die Verwaltung verweist auf das Leitbild aus dem Jahr 2002. Kann dieses Leitbild neu entwickelt und mit dem Konzept zusammengefasst werden. Herr Dr. Diaby sagt, dass aus dem Leitbild Kernpunkte als Grundlage genommen werden.

Frau Wolff regt an, die Fragen bitte schriftlich vorzulegen. Sie findet es schade, dass im Session das Leitbild nicht gelesen werden kann. Frau Schneutzer antwortet, dass das Leitbild auf der Internetseite der Stadt Halle zu lesen ist. Im Leitbild sind über 10 Punkte enthalten für die interkulturelle Kompetenz. Frau Schneutzer stellt den Interkulturellen Gesundheitsführer vor und verteilt Exemplare. Herr Dr. Diaby legt die Auflistung seiner Fragen an die Verwaltung dem Protokoll bei. Frau Wolff bittet die Verwaltung um Beantwortung der Fragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja: 9
Nein -
Enthaltungen -

Dem Beschlussvorschlag wird in modifizierter Form vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss einstimmig zugestimmt.

Beschlussvorschlag: (modifiziert)

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, *bis zum Januar 2011 das Leitbild der kulturellen Vielfalt auszuwerten und dahingehend fortzuschreiben, dass das Thema der interkulturellen Öffnung der Verwaltung besonders berücksichtigt wird.*
2. *Es wird empfohlen, eine Kommission zur interkulturellen Öffnung zu bilden.*

**zu 6.1.1 Änderungsantrag der Stadträtin Elisabeth Krausbeck (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) zum Antrag der SPD-Stadtratsfraktion zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung (Vorlagen-Nummer: V/2010/08560)
Vorlage: V/2010/08763**

Frau Krausbeck stellt einen Antrag zur Umformulierung des Beschlusses

Abstimmungsergebnis:

Ja 9
Nein -
Enthaltungen -

Beschlussvorschlag

Der Beschlussvorschlag wird geändert und erhält folgende Fassung:

Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis 31. Mai 2010 *das "Leitbild der kulturellen Vielfalt" auszuwerten und dahingehend fortzuschreiben, dass das Thema der interkulturellen Öffnung der Verwaltung besonders berücksichtigt wird.*

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss einstimmig zugestimmt.

zu 6.1.2 Änderungsantrag Dr. Karamba Diaby zum Antrag der SPD-Fraktion Vorlage: V/2010/08767

Die SPD stellt einen Antrag, den Zeitraum auf Januar 2011 zu legen und die Bildung einer Kommission zur interkulturellen Öffnung zu empfehlen.

Abstimmungsergebnis:

Ja 9
Nein -
Enthaltungen -

Beschlussvorschlag

1. Die Stadtverwaltung wird beauftragt, bis zum Januar 2011 ein Konzept zur interkulturellen Öffnung der Verwaltung vorzulegen.
2. Es wird empfohlen, eine Kommission zur interkulturellen Öffnung zu bilden.

Beschluss:

Dem Beschlussvorschlag wird in modifizierter Form vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss einstimmig zugestimmt.

zu 6.2 Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule Vorlage: V/2010/08657

Frau Hanna Haupt weist auf die geänderte Begründung des Antrages hin. Sie bedauert sehr, überhaupt so einen Antrag stellen zu müssen. Die Berechnung geht von den restlichen Monaten des Jahres aus. Sie möchte zwar, dass alle Kinder ein kostenloses Essen erhalten, der Antrag sieht als Anfang dazu die Grundschulen bzw. Förderschulen (Klasse 1 – 4). Alle Probleme können nicht auf einmal gelöst werden, hier wäre es ein Anfang.

Die Ausschussvorsitzende stellt fest, dass durch die Zustimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abstimmung zum Antrag der SPD unter TOP 6.2. gegenteilig ausfallen würde und deshalb entfallen könne. Herr Schachtschneider informiert, dass sich für diese Verfahrensweise auch im Bildungsausschuss entschieden wurde, da dieser Antrag dem SPD-Antrag übergeordnet ist. Die Ausschussmitglieder stimmen zu.

zu 6.2.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Antrag der SPD-Fraktion zum kostenlosen Mittagessen für Halle-Pass-Empfänger in der Grundschule (Vorlagen-Nummer: IV/2010/08657) Vorlage: V/2010/08733

Frau Wolff ist grundsätzlich für die Änderung der Regelung für das Mittagessen und stimmt dem Antrag Bündnis 90/DIE GRÜNEN zu.

Frau Krausbeck sieht ihren Antrag als alternativen Lösungsvorschlag, den Zuschuss auf 1,20 € für alle Halle-Pass-Kinder für alle Schulen zur Gleichbehandlung aller Kinder.

Herr Schachtschneider sagt, dass die Summe viel zu hoch sei, wenn die Kita-Kinder dazu kommen.

Frau Krausbeck möchte die Essenbeteiligung für alle Kinder, nicht nur für einen Schulbereich. Die Zahlen der Halle-Pass-Empfänger liegen ihr nicht im Einzelnen vor.

Die Ausschussvorsitzende bittet um Abstimmung zu diesem Antrag.

Abstimmungsergebnis:

Ja	5
Nein	4
Enthaltungen	0

Dem Beschlussvorschlag wird vom Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss mehrheitlich zugestimmt.

Beschlussvorschlag:

Der Beschlusstext wird geändert und erhält folgende Fassung:

1. Die Stadt Halle stellt allen Kindern mit Halle-Pass, die Kindertagesstätten und Schulen in der Stadt Halle (Saale) besuchen, einen Zuschuss in Höhe von 1,20 € pro Mittagessen zur Verfügung.
2. Der Leistungskatalog des Halle-Passes wird entsprechend geändert.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, die Maßnahme in einem Jahr einer Evaluierung zu unterziehen.

Die Ausschussvorsitzende stellt fest, dass durch die Zustimmung zum Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Abstimmung zum Antrag der SPD unter TOP 6.2. gegenteilig ausfallen würde und deshalb entfallen könne. Herr Schachtschneider informiert, dass sich für diese Verfahrensweise auch im Bildungsausschuss entschieden wurde, da dieser Antrag dem SPD-Antrag übergeordnet ist. Die Ausschussmitglieder stimmen zu.

zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten

zu 8 Mitteilungen

Herr Schneller informiert an dieser Stelle zur Anfrage von Frau Tomczyk-Radji zum Schulobst, dass nun eine schriftliche Beantwortung durch das Schulverwaltungsamt vorliegt, die dem Protokoll beigelegt wird.

Die Ausschussvorsitzende informiert darüber, dass die nächste Sitzung in der Wärmestube der Evangelischen Stadtmission stattfinden wird sowie die Juni-Sitzung in der „Schöpfkelle“ im Bäumchen auf der Silberhöhe.

zu 8.1 Information zum Stand SGB II

Die Ausschussvorsitzende begrüßt Frau Dr. Radig und erteilt ihr das Wort.

Frau Dr. Radig informiert über die neuen Entwicklungen und legt den Ausschussmitgliedern die neue Statistik der BA für Monat Februar vor.

Sie informiert über die Möglichkeiten der Neustrukturierung.

Zur Anfrage von Frau Wolff zum City-Service legt sie eine schriftliche Antwort vor. Frau Wolff hat jedoch das HAVAG-Projekt gemeint. Frau Dr. Radig wird dies in der nächsten Sitzung beantworten.

Zur Nachfrage der Ausschussvorsitzenden zur Kindergelderhöhung informiert Frau Dr. Radig, dass es hier eine ausdrückliche Weisung der BA gab, das erhöhte Kindergeld als Einkommen anzurechnen. Ab Januar ist überzahlt worden (zwischen 1 - 3 Monaten). Die Beträge wurden zurückgefordert bzw. verrechnet.

Betroffen sind in Halle ca. 6700 Bedarfsgemeinschaften mit Kindern. Für einen Fall mit 2 Kindern werden ca. 10 Minuten für die Neubescheidung benötigt, wenn auch noch geänderte Unterhaltsvorschussbeträge einzupflegen waren auch mehr. Der Aufwand für die Beitreibung beim Forderungseinzug kommt hinzu. Wenn nicht gezahlt werden kann, bleibt die Forderung lange Zeit offen.

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Dr. Radig für ihre Ausführungen.

zu 8.2 Änderung der Satzung des Ausländerbeirats **Vorlage: V/2010/08609**

Frau Schneutzer informiert, dass der Beirat ermächtigt ist, die Satzung zu ändern. Dies hat er im November getan.

Die Verwaltung teilt mit, dass der Ausländerbeirat in einer Sitzung am 02.11.2009 seine Satzung geändert hat.

Diese Änderung geschah auf der Basis des § 8.3 der vormals gültigen Satzung vom 20.01.2006.

Beschluss:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss hat die Änderung der Satzung des Ausländerbeirates zur Kenntnis genommen.

zu 8.3 Älter werden in Halle (Saale) - Schwerpunkte und Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur Seniorenpolitik **Vorlage: V/2009/08398**

Die Ausschussvorsitzende begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Frau Riethmüller und erteilt ihr das Wort.

Frau Riethmüller informiert wie folgt zur Seniorenpolitik:

- **Altenberichterstattung in Halle** mit langer Tradition (1994 erster Altenhilfeplan, 1998/99 Zwischenberichte „Alt sein in Halle“ dienten der Fortschreibung des Planes, 2000 Maßnahmenkatalog zur Seniorenpolitik , 2005 und 2006 weitere Fortschreibungen und Festschreibung der Maßnahmen zur Seniorenpolitik, Forderung nach altenpolitischen Leitlinien
- **Demographisch-strukturelle Daten: grundsätzlicher Wandel der Altersstruktur:**
 - Rückgang der Gesamtbevölkerung
 - Zunahme der absoluten Zahl älterer Menschen (29% 2009, 2025 32 %)
 - Wachsender Anteil älterer Menschen an der Gesamtbevölkerung
 - Starker Anstieg des Anteils der sehr alten Menschen (bezogen 2005 auf das Jahr 2025 wird sich die Anzahl der über 80-Jährigen nahezu verdoppeln.
 - Aspekte der demographischen Veränderung:
 - Differenzierung der Altersphase (Altersphase umfasst Zeitraum von 30 Jahren)

- Feminisierung des Alters (zahlenmäßiges Übergewicht älterer Frauen durch höhere Lebenserwartung sowie durch die Folgen des 2. Weltkrieges)
- Singularisierung im Alter, zunehmende Hochaltrigkeit

Schwerpunkte aus dem Bericht: der Bericht trifft Aussagen zu:

- **materieller Situation Älterer**(Inanspruchnahme von Grundsicherung)
- **Angeboten der offenen Altenarbeit** (SBST , Altenhilfeplanung, Seniorensozialarbeit im ASD, Begegnungsstätten, Vereine, Stadt fördert Seniorenarbeit mit einer Summe von 261.290 Euro)
- **Seniorenfreundlicher Stadtplanung:** Herstellung der Barrierefreiheit im öffentlichen Raum, Schaffung einer Infrastruktur, in der es Älteren möglich ist, solange wie möglich zu Hause zu leben
- **Lebenslagen älterer Menschen: Wohnen:** 4000 altersgerechte WE mit und ohne Betreuung
- **Bürgerschaftliches Engagement:** (hier 1995 Gründung der Seniorenvertretung mit außerordentlich großer Rolle) in den letzten Jahren hohe Anzahl von Freiwilligenprojekten in Zusammenarbeit mit der Freiwilligenagentur
- **Gesundheit** (mit Schwerpunkt Gerontopsychiatrie und ihrem Schwerpunkt Demenz)
- **Pflege** (Anstieg der Zahl der Pflegebedürftigen in Halle, weiter steigende Tendenz) ausgewogene Pflegelandschaft (47 zugelassene Pflegedienste), ausreichende Anzahl teilstationärer Angebote (Tagespflege 77 Plätze) ausreichende Anzahl der Kurzzeitpflegeplätze und Pflegeplätze (knapp 2800 Plätze in 42 Pflegeeinrichtungen)
- Erstmals ältere Menschen mit Migrationshintergrund
- **Altenpolitisches Leitbild** erstmalig vorgestellt, ist offen, sollte in den kommenden Jahren immer wieder diskutiert werden
-

Die Handlungsempfehlungen zusammengefasst hat die Stadt zukünftig zwei große Bereiche zu schultern:

1. **die vielen aktiven Älteren in die Entwicklung unserer Stadt einzubinden, ihr Erfahrungswissen zu nutzen**
2. **Andererseits hat die Stadt eine Fürsorgepflicht für alle, die den Schutz und die Hilfe der Gesellschaft benötigen. Die Hochaltrigen, pflegebedürftigen Menschen, die an Demenz erkrankten bedürfen bei dem so komplizierten und schwer für den Laien zu durchschauenden System der Altenhilfe Rat und Unterstützung. Dazu ist eine Vernetzung der Akteure von außerordentlicher Bedeutung (vernetzte Pflegeberatung).**

Die Ausschussvorsitzende dankt Frau Riethmüller für die Ausführungen.

Sie bedauert, dass diese Informationsvorlage unter Mitteilungen behandelt werden muss, so dass keine Diskussion dazu erfolgen kann. Die Ausschussvorsitzende regt an, diesen Bericht noch einmal auf die Tagesordnung zu setzen, um dies nachholen zu können. Herr Schachtschneider ergänzt, dasselbe gilt seiner Meinung nach auch für die Vorlage des Ausländerbeirates. Die Ausschussmitglieder stimmen diesem Anliegen zu. Beide Themen sollten noch einmal im Ausschuss besprochen werden.

Beschluss:

Der Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschuss nimmt den Bericht „Älter werden in Halle (Saale) – Schwerpunkte und Maßnahmen der Stadt Halle (Saale) zur Seniorenpolitik zur Kenntnis.

zu 9 Beantwortung von mündlichen Anfragen

Frau Wolff hat auf den Straßen Plakate mit dem Text „Ostblockschlampen“ gesehen und hat darüber das Ordnungsamt informiert und gebeten, diese zu entfernen. Sie wurde darüber informiert, dass es sich hier um einen Band-Namen handelt. Sie fragt, wie die Stadt mit solchen Dingen umgeht.

Herr Bonan hat das Problem mit den Plakaten auch im Bildungsausschuss angesprochen.

Frau Wolff fragt, bei welchen Kindern der Hörtest gemacht wird. Herr Dr. Wilhelms erläutert, dass bei allen einzuschulenden Kindern der Seh- und Hörtest zur Pflichtuntersuchung gehört, welche in der 3. und 6. Klasse erneut gemacht wird.

Frau Dr. Haerting bittet die Stadt, Möglichkeiten zu finden, dass Hörgeschädigte in öffentlichen Sitzungen mithören können. Sie bittet um Anschaffung der entsprechenden Technik. Die Ausschussvorsitzende leitet das Problem erneut an den Stadtrat weiter. Bisher hat sie keine Antwort erhalten.

Herr Müller sagt zu den Plakaten, dass eine Band auch mit diesem Namen Plakate aufhängen kann. Es gibt auch Bücher mit anstößigen Titeln, dies kann nicht verhindert werden.

zu 10 Anregungen

Frau Tomczyk-Radji regt erneut an, einen Rundgang mit dem Behindertenbeauftragten durch die Stadt zu machen, um sich die Barrierefreiheit anzusehen.

Herrn Dorn wird das Wort erteilt. Er informiert darüber, dass der Stadtseniorenrat Museen auf Barrierefreiheit untersucht hat. Er bietet seine Hilfe auch für andere Begehungen an.

Die Ausschussvorsitzende fragt Herrn Weise nach dem Tag der Armut. Herr Weise informiert, dass es einen Terminvorschlag (13.10.2010) gibt, dafür werden Projektträger und Referenten gesucht.

Da die erforderliche Technik für Hörgeschädigte fehlt, regt Frau Dr. Haerting an, die Sitzung des Ausschusses in einen anderen Raum zu verlegen, wo die Akustik besser ist.

Für die Richtigkeit:

Datum: 01.04.10

Kerner
Protokollführerin